



Umbenennung des Frauenausschusses

Die Umbenennung in „Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik – *Que(e)r schnitt*“, kurz: AfGG, war bereits auf der Februarsitzung beschlossen worden. Dem Beschluss war eine Umfrage per Mail vorausgegangen. Auf dem Hamburger Gewerkschaftstag am 15. Mai wurde nun der satzungändernde Antrag zur Umbenennung mit großer Mehrheit angenommen.

Mit der Umbenennung soll die veränderte Sacharbeit und Fachzuständigkeit des Ausschusses quer zu den weiteren gewerkschaftlichen Aufgaben im Namen verankert werden. Die bisherige Bezeichnung „Frauenausschuss“ war historisch wichtig: Die Arbeit des Ausschusses bezog sich viele Jahre auf den notwendigen Kampf von Frauen gegen verschiedene Formen von Benachteiligung – auch innergewerkschaftlich. Die Arbeit an der Aufhebung dieser Benachteiligung ist nach wie vor wichtig, ist aber nicht als alleinige Aufgabe von Frauen anzusehen. Zudem gibt es zahlreiche weitere Dis-

kriminierungsformen, die zum Teil miteinander verschränkt auftreten. Die Gleichstellungspolitik des Ausschusses soll sich auf alle vorhandenen Benachteiligungsformen beziehen – sei es aufgrund von Geschlecht (genderism, sexism), Migrationshintergrund (racism, ethnicism), sozialer Herkunft (classism), Alter (ageism), Behinderung (ableism), sexueller Orientierung (homosexism) oder körperlichen Merkmalen (bodyism). (Die Aufzählung kann nicht als abgeschlossen gelten und ist wohl auch unabschließbar.) Dafür soll die begonnene Vernetzungsarbeit innerhalb und außerhalb der

GEW verstärkt werden.

Der Begriff „*QUE(E)RSCHNITT*“ verweist zum einen auf die *Querschnittsaufgaben* des Ausschusses innerhalb der Gewerkschaft, zum anderen auf die mit dem Begriff *queer* verbundene Hinterfragung der vermeintlich natürlichen Zweigeschlechtlichkeit und der damit verbundenen Normierung von geschlechtlichen und sexuellen Lebensformen.

Arbeitsschwerpunkt des AfGG in der zweiten Jahreshälfte 2013 ist das „Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm“ (GpRP) des Hamburger Senats (Download unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/3876940/data/gleichstellungspolitischesrahmenprogramm.pdf>). Dabei geht es – nicht nur, aber vor allem auch – darum, was aus der Forderung der GEW zur Benennung von Gleichstellungsbeauftragten für den Bereich Schule geworden ist. Zum Stand der Umsetzung des „GpRP“ ist eine Veranstaltung im September geplant – Näheres dazu in der nächsten HLZ!

BARBARA SCHOLAND
AfGG

s. *Veranstaltungshinweis auf S. 39*